

# Die Entscheidung des BVerfG vom 18. August 2020 zum Kohleverstromungsbeendigungsgesetz und weitere Aspekte des Gesetzes

9. September 2020

---

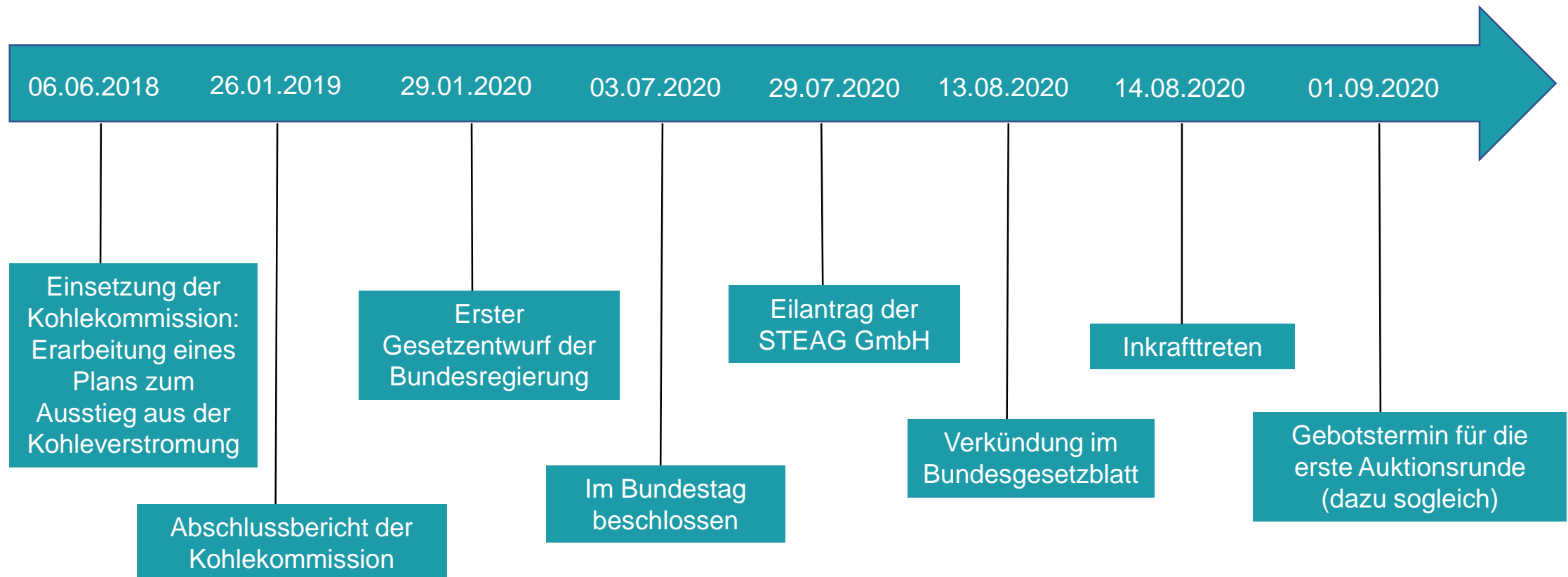
Dr. Peter Rosin

## Gliederung

- I. Überblick über wesentliche Regelungen des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes (KVBG)
- II. Verfassungswidrigkeit des KVBG
- III. Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 18. August 2020

## Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG)

- Teil eines umfassenden Gesetzespakets (Kohleausstiegsgesetz) der Bundesregierung (Artikelgesetz)
- Wesentliche zeitliche Daten:



## ➤ **Zweck und Ziele des KVBG (§ 1)**

- Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung zur Reduzierung von Emissionen (§ 1 Abs. 1)
  - sozialverträglich, schrittweise, und möglichst stetig
- Umsetzung der völker- und europarechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zum Klimaschutz in nationales Recht
- Festgelegte konkrete Zielgrößen für verschiedene Jahre bis 2038 zur Erreichung dieses Ziels (§ 1 Abs. 2)
  - Ausgangspunkt 2020: 20,5 GW Steinkohle und 19,9 GW Braunkohle
  - 2022: 15 GW Steinkohle und 15 GW Braunkohle
  - 2030: 8 GW Steinkohle und 9 GW Braunkohle
  - Ende 2038: 0 GW
- Grund und Bedingung für strukturpolitische Unterstützung des Bundes für die Regionen nach Investitionsgesetz Kohleregion

## ➤ **Instrumentarien des KVBG zur Erreichung dieses Ziels**

### ➤ Grundlegende **Unterscheidung** zwischen Braun- und Steinkohle

#### ➤ **Braunkohle:**

- Geregelt in den §§ 40 ff. KVBG
- Möglichkeit des Abschlusses eines öffentlich-rechtlichen Vertrags zwischen BMWi als Vertreter der BRD und Kraftwerksbetreibern (§ 49)
  - „zusätzliche“ vertragliche Regelung der Rechte und Pflichten aus §§ 40 – 47
  - Regelung zu Planungs- und Genehmigungsverfahren
  - Verwendung der Entschädigung (teilweise Zweckgesellschaften)
  - Voraussetzungen und Rechtsfolgen bei Änderungen der Verhältnisse
  - Rechtsbehelfsverzicht
- Zeitlicher Ablauf und aktueller Stand öffentlich-rechtlicher Vertrag (Zustimmung des Bundestages § 49 S. 2 erforderlich)

- Konkreter Stilllegungspfad für alle Braunkohleanlagen gemäß § 40 Abs. 1 iVm Anlage 2; partiell vorherige Überführung in Sicherheitsbereitschaft, vereinzelt Wahlrechte der Betreiber in Bezug auf einzelne Blöcke ( § 41)
- Frühere Überführung in Sicherheitsbereitschaft nach § 40 Abs. 2 iVm § 42 (Netzreserve) möglich
- Braunkohle-Kleinanlagen (wohl 800 MW) weitgehend wie Steinkohleanlagen (§ 43)
- Entschädigungsregelung in § 44 KVBG:
  - Für Stilllegung vor 2030: Entschädigung in Höhe von **4,35 Milliarden Euro**
    - RWE 2,6 Mrd. EUR
    - Leag 1,75 Mrd. EUR, aber an Zweckgesellschaften (§ 44 Abs. 2)
    - Wird vom Gesetzgeber in Begründung und im öffentlich-rechtlichen Vertrag als angemessene Entschädigung bezeichnet (Wahrung des Äquivalenzverhältnisses)
  - Grundsätzliche Möglichkeit weiterer **zusätzlicher** (!) Zahlungen/Entschädigungen im ö-r. Vertrag (Anpassungen bei wesentlichen Änderungen, Fall einer sog. vorzeitigen Stilllegung durch Entscheidung der BRD), Freistellung von Umsatzsteuerpflicht)

## ➤ Instrumentarien des KVBG zur Erreichung dieses Ziels

### ➤ Steinkohle:

➤ Kombination aus Auktionsverfahren und ordnungsrechtlichem Verfahren

### ➤ Auktionsverfahren, §§ 10 ff. KVBG:

➤ Wettbewerb der Steinkohlekraftwerksbetreiber um Entschädigung für Stilllegung

➤ **Acht Auktionen** bis 2027 (§ 10 Abs. 2)

➤ Teilnahme von Braunkohle-Kleinanlagen an den Ausschreibungen (§ 43)

# I. Überblick über das KVBG (6)

- Ermittlung des **Ausschreibungsvolumens** für jede Ausschreibung (§ 6):
  - BNetzA ermittelt Ausschreibungsvolumen (Abs. 1)
  - Differenz zwischen Ausgangsniveau nach § 7 für das jeweilige Zieldatum und Zielniveau an Steinkohleanlagen nach § 4
  - Ausschreibungsvolumen = Ausgangsniveau (§ 7) - Zielniveau an Steinkohleanlagen nach § 4
    - Zielniveau 31.12.2022: 30 GW Kohle (15 GW Steinkohle/ 15 GW Braunkohle)
    - Zielniveau 01.04.2030: 17 GW Kohle (8 GW Steinkohle/ 9 GW Braunkohle)
    - Zielniveau 31.12.2030: 0 GW Kohle
    - Dazwischen Absinken um gleich große Mengen
- Sonderregelung für Ausschreibung 2020 und 2021 nach § 6 Abs. 3 (4 GW und 1,5 GW), weitere Sonderregelungen in § 6
- **Höchstpreise** für jede Ausschreibung (§ 19 KVBG); von 165 TEUR/MW (2020) bis 89 TEUR/MW (2027)



- Ablauf einer Ausschreibung
  - Bekanntmachung durch BNetzA zwischen 14 und 10 Wochen vor Gebotstermin, § 11 Abs. 1 S. 1
  - Bekanntmachung enthält Gebotstermin, Ausschreibungsvolumen, Höchstpreis, Netzfaktor, Formatvorlage, Festlegungen nach § 62 (§ 11 Abs. 1 S. 3)
  - Teilnahmeberechtigung nach § 12 setzt u.a. voraus
    - Vorlage eines Tarifvertrags oder einer Betriebsvereinbarung über Abbau der Beschäftigten (Nr. 5)
    - Bedingte Verzichtserklärung (Nr. 6)
    - Erklärung über angestrebte Nutzung des Standortes (Nr. 7)
    - Verpflichtung, auf Anforderung des ÜNB, Steinkohleanlage zu einem Betriebsmittel zur Bereitstellung von Blind- und Kurzschlussleistung umzurüsten und den ÜNB für maximal 8 Jahre zur Verfügung zu stellen (Nr. 8)
- Ausschluss der Südkraftwerke in erster Ausschreibung, § 12 Abs. 3 iVm Anlage 1.
- Anforderungen an Gebote in § 14, u.a. Gebotsmenge und Gebotswert in EUR/MW.

Zuschlag durch BNetzA (§ 18):

- Summe der Gebotsmengen unterhalb des Ausschreibungsvolumens (Unterzeichnung):
  - **Jeder Bieter** erhält Zuschlag (§ 20 Abs. 1)
  - Nicht bezuschlagte Mengen werden bei der nächsten Ausschreibung berücksichtigt (§ 20 Abs. 2)
- Summe der Gebotsmengen oberhalb des Ausschreibungsvolumens (Überzeichnung), Verfahren nach § 18 Abs. 3 - 8:
  - Ermittlung von **Kennziffern (Abs. 3)**: Gebotswert dividiert durch jährliche historische CO<sub>2</sub>-Emissionen der konkreten Anlage (testierter Wert der letzten drei Jahre ./ 3)
  - Ermittlung einer **modifizierten** Kennziffer für 2. – 7. Ausschreibung: Zusätzlicher Ansatz eines **Netzfaktors** nach § 18 Abs. 5 S. 2 (durchschnittliche jährliche Betriebsbereitschaftsauslagen in EUR/MW aller Erzeugungsanlagen in der Netzreserve multipliziert mit einem (absinkenden) Multiplikator)
  - Sortierung der Kennziffern in **aufsteigender** Reihenfolge (Abs. 5)
  - Zuschläge **beginnend** mit der **niedrigsten** Kennziffer bis Erreichung des Ausschreibungsvolumens

De facto erhalten also die **niedrigsten Gebote** die Zuschläge!

Erteilung der Zuschläge zwischen ca. 8 und 12 Wochen nach Gebotstermin (§ 21 Abs. 1)

- Ab Bestandskraft des Zuschlags **Anspruch auf Zahlung** gegen BRD (§ 23)
- **Fälligkeit** ab Wirksamkeit des **Kohleverfeuerungsverbots (§ 51)**
- **ÜNB** müssen innerhalb bestimmter Fristen weiterhin **Systemrelevanz der bezuschlagten Steinkohleanlagen** prüfen (§ 26)
- Im Falle der Systemrelevanz oder der Einbindung in die Kapazitätsreserve ist Kohleverfeuerungsverbot solange unwirksam (§ 51 Abs. 4)
- Zusätzliches Vermarktungsverbot in § 52

- Steinkohle:
  - Daneben: Ordnungsrechtliches Verfahren, §§ 27 ff. KVBG:
    - Sog. **gesetzliche Reduzierung** der Steinkohleverstromung **ab 2031 (§ 27 Abs. 1)**
    - Für die Zieldaten 2024 bis 2027 bei Unterzeichnung der Ausschreibung,
      - Belastender Verwaltungsakt nach § 35 Abs. 1 (Anordnung der gesetzlichen Reduzierung und Verbot der Kohleverfeuerung), **Verpflichtung** zur Stilllegung
      - Kriterien der gesetzlichen Reduzierung:
        - Sog. **Altersreihung** (§ 29)
          - Abhängig von Datum der Inbetriebnahme der jeweiligen Anlage (§ 29 Abs. 4 S. 2)
          - Beginnend mit der ältesten Anlage
          - „Verjüngung“ der Anlage durch Investitionen im Zeitraum zwischen 2010 und 2019 möglich (§ 31)
        - Festlegung der Außerbetriebnahmen auf dieser Basis durch Bundesnetzagentur, um Zielgrößen des KVBG zu erreichen
    - **Rechtsfolge** der gesetzlichen Reduzierung: **Entschädigungslose Stilllegung**

### ➤ Weitere interessante Aspekte:

- Weitgehender Rechtsbehelfsausschluss (§ 64 Abs. 2): Zulässig nur mit dem Ziel der Zuschlagserteilung
- Überprüfungen insbesondere auch für Steinkohleanlagen, die seit dem 01.01.2010 in Betrieb gegangen sind (zur Vermeidung vorzeitiger Wertberechtigungen); es „ist“ eine Regelung vorzusehen, die unzumutbare Härten vermeidet.

## II. Verfassungswidrigkeit des KVBG (1)

- Verstoß gegen **Art. 3 Abs. 1 GG** aus Sicht der **Steinkohleanlagenbetreiber** (Allgemeiner Gleichheitssatz)
  - Verbot der **Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem**
  - Grundlegende **Ungleichbehandlung** von Braun- und Steinkohlekraftwerke
    - **Höhe** der Entschädigung für Braunkohlekraftwerke **steht (auch durch Verhandlungen über öffentlich-rechtlichen Vertrag) fest** und bildet für die Kraftwerksbetreiber eine **verlässliche Planungsgröße**
    - Gesetzgeber: **Angemessene** Entschädigung für Braunkohle (so auch im ö-r. Vertrag)
    - Steinkohlekraftwerksbetreiber haben weder Sicherheit, **ob** sie mit ihrem Gebot erfolgreich sind, **noch** können sie Entschädigungszahlungen in der **Höhe** fest einplanen
      - Daher auch keine Planungssicherheit hinsichtlich Personalplanung
    - Gespräche mit Steinkohlekraftwerksbetreibern für einvernehmliche Lösung **zu keiner Zeit** gesucht und geführt
      - Entgegen der eindeutigen Empfehlung der Kohlekommission sowie des Bundesrats
    - Kein Einfluss auf Stilllegungszeitpunkte oder Wahlmöglichkeiten durch Steinkohlekraftwerksbetreiber
  - Ungleichbehandlung im Übrigen auch **innerhalb** der Steinkohlekraftwerksbetreiber (Datteln IV!)
    - Inbetriebnahme Juni 2020 entgegen Empfehlung der Kohlekommission
    - In diesem Fall Gespräche zwischen Bundesregierung und Uniper SE

## II. Verfassungswidrigkeit des KVBG Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1, 12 Abs. 1, 14 Abs. 1 GG sowie 20 Abs. 3 GG (2)

- Verstoß gegen **Art. 3 Abs. 1 GG** (Allgemeiner Gleichheitssatz)
  - Braun- und Steinkohlekraftwerke sind trotz einiger vorhandener Unterschiede (Einsatz in verschiedenen Lastbereichen, stärkere Prägung der Struktur der betroffenen Gebiete durch Braunkohletagebau) **vergleichbare** Stromerzeugungsanlagen
    - Verwendung von Kohle als Brennstoff und Ausstoßen von beträchtlichem CO<sub>2</sub> (Braunkohlekraftwerke sogar 20 bis 25% mehr)
    - Grundsätzliche Arbeitsweise und mögliche Lebensdauer identisch
    - Berücksichtigung gleicher physikalischer und wirtschaftlicher Anforderungen bei der Auslegung und im Betrieb der Kraftwerke
    - Wettbewerb zueinander im Elektrizitätsmarkt
  - **Keine Rechtfertigung** der Ungleichbehandlung durch sachliche Gründe
    - Keinerlei Begründung durch Gesetzgeber, insbesondere nicht hinsichtlich entschädigungsloser Stilllegung ab 2031
    - Keine Rechtfertigung durch bestehende Unterschiede, weil vergleichbare Betroffenheit der Braunkohle- und Steinkohlekraftwerksbetreiber durch Regelungen des KVBG

## II. Verfassungswidrigkeit des KVBG Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1, 12 Abs. 1, 14 Abs. 1 GG sowie 20 Abs. 3 GG (3)

- Verstoß gegen **Art. 14 Abs. 1 GG** (Eigentumsrecht)
  - Eigentum an Steinkohleanlagen sowie deren Nutzbarkeit verfassungsrechtlich geschützt
  - Verschiedenste Eingriffe:
    - **Entschädigungslose** Stilllegung bei gesetzlicher Reduzierung
      - ➔ Erwirtschaftung von Deckungsbeiträgen nicht mehr möglich
    - **Vorzeitige** Stilllegung trotz rechtmäßiger unbefristeter Genehmigungen
    - Missachtung des **Vertrauensschutzes** auf Entschädigungsregelung des § 21 Abs. 4 BImSchG
      - KVBG erklärt Entschädigungsregelung des § 21 Abs. 4 BImSchG für **unanwendbar**
      - § 21 Abs. 4 BImSchG dient seit mehr als 40 Jahren (!) dem Ausgleich im Falle eines Widerrufs der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
      - Nachträgliche Missachtung dieses begründeten Vertrauens auf Entschädigung bei Widerruf der Genehmigung
  - ➔ Ohne Sachgrund erfolgreicher Eingriff in das Vertrauen auf die Ausgleichsregelung



## II. Verfassungswidrigkeit des KVBG Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1, 12 Abs. 1, 14 Abs. 1 GG sowie 20 Abs. 3 GG (4)

- Verstoß gegen **Art. 14 Abs. 1 GG** (Eigentumsrecht)
  - Verschiedenste Eingriffe:
    - **Verhinderung** einer angemessenen Entschädigung für Stilllegungen durch ordnungsrechtliche Vorgaben
      - **Hineindrängen** in Auktionsverfahren **zur Vermeidung** entschädigungsloser Stilllegungen
        - **Wechselwirkung** der Stilllegung zwischen Braun- und Steinkohle
          - Braunkohleanlagenbetreiber können Stilllegungszeitpunkte wählen
        - ➔ Erhebliche Unsicherheiten für Gebotsverhalten der Steinkohleanlagen
      - **Zeitliche Begrenzung** des Auktionsverfahrens nur bis 2027
        - Betreiber müssen in den ersten Runden bieten, um Entschädigungslosigkeit zu verhindern
      - ➔ Preisdämpfender Effekt in den ersten Runden
    - **Zu geringe Höchstpreise** und **nicht nachvollziehbare Degression** der Höchstpreise

## II. Verfassungswidrigkeit des KVBG Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1, 12 Abs. 1, 14 Abs. 1 GG sowie 20 Abs. 3 GG (5)

- Verstoß gegen **Art. 14 Abs. 1 GG** (Eigentumsrecht)
  - **Versagung** des Rechtsschutzes gegen Zuschlag
    - Ausschluss des fachgerichtlichen Rechtsschutzes bei Erteilung des Zuschlags, die Ausschreibungsbedingungen gerichtlich überprüfen zu lassen
  - ➔ Druck, an den Auktionen mit (zu) geringen Geboten teilzunehmen, steigt weiter
- **Keine** verfassungsrechtliche **Rechtfertigung**:
  - Regelungen sind **Inhalts- und Schrankenbestimmungen** i. S. v. Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG
    - Wahrung der Verhältnismäßigkeit, des Vertrauensschutzes sowie des Gleichbehandlungsgrundsatzes
  - Regelungen sind schon **nicht erforderlich**
    - § 21 Abs. 5 BImSchG lässt bereits Widerruf der Genehmigung zu
    - Beleg durch öffentlich-rechtlichen Vertrag mit Braunkohlekraftwerksbetreibern, dass einvernehmliche Lösung ohne entschädigungsloser Stilllegungen möglich gewesen wäre

## II. Verfassungswidrigkeit des KVBG Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1, 12 Abs. 1, 14 Abs. 1 GG sowie 20 Abs. 3 GG (6)

- Verstoß gegen **Art. 14 Abs. 1 GG** (Eigentumsrecht)
  - **Keine** verfassungsrechtliche **Rechtfertigung**:
    - Jedenfalls **nicht verhältnismäßig im engeren Sinne** im Rahmen der Interessenabwägung
      - Besonders **schwerwiegender** Eingriff
        - BVerfG sah im Atomurteil bereits 12 Jahre als äußerst umfangreichen Eingriff an (BVerfGE 143, 246, 349)
      - **Keine** Rechtfertigung der Beschränkungen durch **Gemeinwohlbezug** der Anlagen
        - Umso größere Befugnis des Gesetzgebers, je stärker der **soziale Bezug** und **soziale Funktion** des Eigentumsobjekts ist, aber:
          - **Grenzen** der Sozialbindung nach vom BVerfG entwickelten Maßstäben:
            - Steinkohletechnologie keine Hochrisikotechnologie
            - Keine dem Atomrecht vergleichbare Sonderstellung

## II. Verfassungswidrigkeit des KVBG Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1, 12 Abs. 1, 14 Abs. 1 GG sowie 20 Abs. 3 GG (7)

- Verstoß gegen **Art. 14 Abs. 1 GG** (Eigentumsrecht)
  - **Keine** verfassungsrechtliche **Rechtfertigung**:
    - Zudem **Verstoß** gegen **Gleichheitssatz** des **Art. 3 Abs. 1 GG** wegen **Ungleichbehandlung** im Vergleich zu Braunkohleanlagenbetreibern (s. zuvor)
    - Zusätzlich Verstoß gegen **Vertrauensschutzgrundsatz** des **Art. 20 Abs. 3 GG** durch **Unanwendbarkeit** des § 21 Abs. 4 BImSchG (s. zuvor)
  - Daher: Notwendigkeit einer **finanziellen Ausgleichsregelung** zur Kompensation
    - Grundsätzlich zwar kein finanzieller Ausgleich bei Inhalts- und Schrankenbestimmungen
    - Ausnahme: Wenn **grundsätzliche Rechtfertigung** des Eingriffs durch **Gemeinwohlgrund, aus Verhältnismäßigkeitsgründen** aber Bedarf einer **Ausgleichsregelung** und finanzieller Ausgleich **einzigste Möglichkeit** der Kompensation
      - Gemeinwohlgrund liegt zweifellos vor
      - Ausnahmen, Befreiungen oder Übergangsregelungen vorliegend nicht geeignet
      - Im Atomurteil ebenfalls Entschädigung zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit
      - Eingriff kommt **Enteignung** in seinen Auswirkungen **nahe**

## II. Verfassungswidrigkeit des KVBG Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1, 12 Abs. 1, 14 Abs. 1 GG sowie 20 Abs. 3 GG (8)

- Verstoß gegen **Art. 12 Abs. 1 GG** (Berufsfreiheit)
- **Unternehmerische Betätigungsfreiheit** als Unterfall der Berufsfreiheit betroffen
  - **Faktischer Zwang** zur Teilnahme an Auktionen für Steinkohlekraftwerksbetreiber **zur Vermeidung entschädigungsloser Stilllegungen**
  - Notwendigkeit konkreter **unternehmerischer Entscheidungen** in Bezug auf die Teilnahme schon jetzt
- Faktischer Zwang zur Teilnahme ist schon Regelung mit **unmittelbarem Berufsbezug**; jedenfalls aber **objektiv berufsregelnde Tendenz**, weil enger Zusammenhang mit **Berufsausübung**
  - „Nennenswerte Behinderung“ der Berufsausübung i. S. d. Rechtsprechung des BVerfG
- **Keine** verfassungsrechtliche Rechtfertigung
  - Verletzung des **Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit**
    - Zwar grundsätzlich weiter Beurteilungsspielraum des Gesetzgebers bei Berufsausübung
    - Aber **angemessenes Verhältnis** zwischen Eingriffszweck und Eingriffsintensität erforderlich
    - Grenze der **Zumutbarkeit** im Rahmen einer **Gesamtabwägung** muss gewahrt sein
    - Vorliegend - wie i. R. d. Art. 14 Abs. 1 GG dargestellt - **nicht**

### III. Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 18. August 2020 (Az.: 1 BvQ 82/20) (1)

- (Eil-)Antrag auf Erlass einstweiliger Anordnung gemäß § 32 Abs. 1 BVerfGG der STEAG GmbH vom 29. Juli 2020
- Rechtsschutzziel: Ausweitung des Ausschreibungsvolumens, Erklärung des Zuschlags für vorläufig
- Verschiedene besondere **prozessuale** Aspekte
  - Antrag **vor** Verkündung im Bundesgesetzblatt und somit vor Inkrafttreten des Gesetzes
    - Aber Gesetzgebungsverfahren **abgeschlossen** und somit feststehender Inhalt
    - **Unmittelbares** Bestehen der Verkündung
    - Ansonsten **keinerlei** Möglichkeit effektiven Rechtsschutzes, weil erster Gebotstermin bereits am 1. September 2020 (!)
  - Vorwegnahme der Hauptsache hinsichtlich der Erhöhung des Ausschreibungsvolumens für 2020
  - **Antragsberechtigung** der STEAG als **kommunales Unternehmen** hinsichtlich **nationaler Grundrechte**
    - STEAG zwar zu mehr als 50 Prozent in der öffentlichen Hand
    - Aber: Zersplitterte Eigentümerstruktur (acht Kommunen als Eigentümer auf der 5. Ebene beteiligt), faktisch kein Einfluss auf Unternehmen, Kommunalverfassungsbeschwerde nicht möglich, kein Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren
    - BVerfG: Entscheidend ist allein **formale Betrachtungsweise**, auch **keine unionsrechtskonforme** Anwendung des Art. 19 Abs.3 GG mangels „ausländischer Rechtsträgerschaft“

## Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 18. August 2020 (Az.: 1 BvQ 82/20) (2)

- **Antragsberechtigung** der STEAG als **kommunales Unternehmen** hinsichtlich **europäischer Grundrechte**
  - **Grundrechtscharta** (GRCh) genießt Verfassungsrang
  - Europäische Grundrechte „entsprechen“ den nationalen Grundrechten des GG
    - Daher Verstoß gegen Art. 20 (Allgemeiner Gleichheitssatz), Art. 17 (Eigentum) und 16 GRCh (Unternehmerische Freiheit)
  - Grundlage zwei Beschlüsse des BVerfG aus November 2019:
    - **„Recht auf Vergessen II“** (1 BvR 276/17):
      - Ausschließliche Prüfung der Unionsgrundrechte, wenn **vollständige Determination** eines nationales Gesetz durch Unionsrecht, d .h. wenn **keine Gestaltungsspielräume** mehr für Gesetzgeber
    - **„Recht auf Vergessen I“** (1 BvR 16/13):
      - Wenn **keine vollständige Determination** durch Unionsrecht, d. h. verbleiben dem Gesetzgeber also Gestaltungsspielräume zur Umsetzung, dann zwar **primäre** Prüfung der nationalen Grundrechte, aber **zusätzliche** Prüfung der Unionsgrundrechte, wenn:
        - **„Durchführung von Unionsrecht“** i. S. d. Art. 51 Abs. 1 GRCh und **weitergehender** Schutz durch europäische Grundrechte als durch nationale Grundrechte

- **Antragsberechtigung** der STEAG als **kommunales Unternehmen** hinsichtlich **europäischer Grundrechte**
  - KVVG müsste zunächst der „**Durchführung von Unionsrecht**“ dienen
    - Erforderlich: Vorgabe des **Rahmens** durch Unionsrecht
    - Sehr weite Lesart durch EuGH
    - Hier: Vorgabe **konkreter qualitativer Reduktionsvorgaben** zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Unionsrecht
      - Kyoto-Protokoll, Pariser Klimaschutzabkommen, verschiedenste Verordnungen und Richtlinien (z.B. „Clean Energy Package“)
      - Erfüllung dieser Vorgaben de facto **nur** durch Kohleausstieg möglich
      - Kohleausstieg zudem im „**Integrierten Nationalen Energie- und Klimaplan**“ festgehalten und dieser durch Governance-Verordnung (EU 2018/1999) **unionsrechtlich eingebunden**
      - Gesetzesbegründung: Dient „europäischen Klimaschutzziele“
  - Aber BVerfG: **Keine** Vorgabe **bestimmter** Kohlepolitik durch Unionsrecht
    - **Sehr restriktive Anwendung** angesichts der Rechtsprechung des EuGH sowie der dargestellten konkreten Vorgaben



# Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 18. August 2020 (Az.: 1 BvQ 82/20) (4)

- **Antragsberechtigung** der STEAG als **kommunales Unternehmen** hinsichtlich **europäischer Grundrechte**
- BVerfG zudem: Auch **kein weitergehender Schutz** durch GRCh für kommunale Unternehmen
  - Konkret: Wohl keine Berufung auf GRCh für kommunale Unternehmen möglich
  - Keine Begründung; offen gelassen, tendiert aber wiederum zu rein formaler Betrachtungsweise
- **Nicht überzeugende** Auffassung:
  - **Art. 106 AEUV**: Bestimmungen der Verträge, also Wettbewerbsregelungen, sprechen für eine Grundrechtsträgerschaft öffentlicher Unternehmen
  - Sog. **Kohärenzgebot**, Art. 52 Abs. 3 S. 1 GRCh – ausdrücklich offen gelassen vom BVerfG
    - Sofern GRCh Rechte enthält, die auch in der **Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)** geschützt sind, müssen die Rechte der GRCh mindestens das **gleiche Schutzniveau** gewährleisten wie die geschützten Rechte in der EMRK
    - **Art. 34 EMRK**: Beschwerdeberechtigt jede „**nichtstaatliche Organisation**“
    - **EGMR**: Sogar **rein öffentliche** Unternehmen sind „nichtstaatlich“, wenn wesentlich dem **Handelsrecht** unterliegen und **keine Regierungs- oder sonstigen staatliche Befugnisse**
    - Folge: Wenn für kommunale Unternehmen hiernach also Schutz durch EMRK, dann **muss** auch **Schutz durch GRCh** bestehen

## ➤ **Folgen des Beschlusses:**

- Verfassungsmäßigkeit des KVBG **mangels inhaltlicher Prüfung** bleibt ungeklärt
  - Auktionsverfahren finden daher trotz erheblicher Bedenken wie im KVBG vorgesehen statt
- Kommunale Unternehmen auch in beschriebenen „Sondersituationen“ national **nicht** grundrechtsbefugt
  - Stets rein formale Betrachtungsweise
- Kohleausstieg dient **nicht** der „Durchführung von Unionsrecht“
  - **Keine Möglichkeit** für kommunale Unternehmen, Regelungen des KVBG überprüfen zu lassen
  - Bedenklich insbesondere wegen Versagung des Rechtsschutzes bei Zuschlag durch KVBG
- Hinsichtlich der Möglichkeit des Berufens auch die GRCh ist ansonsten stets der **Einzelfall** maßgeblich
  - Prüfung, ob Maßnahme sich als „Durchführung von Unionsrecht“ darstellt und ob GRCh oder EMRK betroffen
  - Auslegung wird letztlich vom EuGH zu klären sein

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

**Noch Fragen?**

Semperstraße 33

45138 Essen

T 0201 102 281-0

F 0201 102 281-99

E [peter.rosin@rosin-buedenbender.com](mailto:peter.rosin@rosin-buedenbender.com)